95. 1. Kann die Ausführung thatsächlicher Vorgänge, welche sich auf von dem regierenden Landesherrn vor seinem Regierungsantritte und anßerhalb seiner landesherrlichen Stellung wirklich oder vermeintlich geschehene Handlungen beziehen, der Annahme der Majestätsbeleidigung zur rechtlichen Grundlage dienen?

2. Ist die Feststellung, der Angeklagte habe ausschließlich in Wahrnehmung berechtigter Interessen oder in Verfolgung seiner Gerechtfame gehandelt, mit der Annahme des zur Majestätsbeleidigung erforderlichen strafbaren Vorsatzes vereinbar?

St.G.B. §§. 95. 97. 193.

III. Straffenat. Ur. v. 21. Mai 1883 g. L. u. N. Rep. 777/83.

I. Landgericht Osnabrück.

Aus den Gründen:

Die Revision der beiden Angeklagten L. und M. mußte insoweit als begründet angesehen werden, als dieselbe sich in materiellrechtlicher Beziehung gegen die Gesetzesanwendung und im Zusammenhange damit gegen die Urteilsbegründung richtet.

1. Daß angefochtene Urteil findet in der von der Angeklagten L. beim Fürstlichen Kabinettsministerium in D. eingereichten Eingabe vom 22. September 1881, in welcher sie auf Grund ihr vermeintlich zustehender Alimentationsansprüche eine lebenslängliche Unterstützung nachsucht, „objektiv“ die „Behauptung, daß der Landesherr . . .“ und, da „der ehrverletzende Charakter dieser Behauptung keiner weiteren Ausführung bedarf“, eine Majestätsbeleidigung. Schon dieser Satz ist rechtlich zu beanstanden. Es handelt sich nach Annahme der Vorinstanz um die Anführung einer von den Angeklagten für wahr gehaltenen Thatsache, welche etwa 40 Jahre in der Vergangenheit zurück, etwa 33 Jahre vor dem Regierungsantritte des Landesherrn liegt. Nun ist freilich nicht füglich zu bezweifeln, daß auch die Besprechung von Handlungen des Landesherrn, welche zeitlich vor seinem Regierungsantritte geschehen sind oder geschehen sein sollen, den Thatbestand der Majestätsbeleidigung erfüllen kann. Geschieht die Anführung solcher vergangenen Dinge in einem Sinne, daß daraus Schlüsse auf die Gegenwart gezogen, daß daraus ein ehrverletzendes Urteil über die gegenwärtige Person des Landesherrn hergeleitet werden kann, so wird der unmittelbare beleidigende Charakter solcher Äußerungen nicht zu beanstanden sein. Die Majestätsbeleidigung unterliegt in dieser Beziehung keiner anderen Beurteilung, wie die Beleidigung einer Privatperson. Hier wie dort wird es Sache der Auslegung sein, festzustellen, ob die Erwähnung irgend welcher, in entfernter Vergangenheit zurückliegender Dinge nach dem Zusammenhange des Ganzen und der Absicht des Betreffenden als bewußter Angriff gegen die Ehre der in Frage stehenden Person aufzufassen ist. Ist diese Frage zu bejahen, dann liegt, sobald der Angriff gegen den Landesherrn gerichtet ist, eine Majestätsbeleidigung unzweifelhaft vor. Soweit dagegen derartige Anführungen aus früheren vor dem Regierungsantritte liegenden Lebensjahren eines Landesherrn, z. B. rein historische oder anekdotenhafte Zwecke verfolgen und thatsächlich sehr wohl vereinbar sind mit derjenigen Achtung und Ehrerbietung, welche dem Souverän als solchem geschuldet wird und unter dem

Schutze des §. 95 St.G.B.'s steht, können sie nicht strafbar sein. Es hätte daher im vorliegenden Falle, da es sich um eine auf eine weit zurückliegende Zeit bezügliche Behauptung handelt, und in Betracht des Inhaltes dieser Behauptung allerdings einer weiteren Ausführung im Urtheile bedurft, um auch nur objektiv den der fraglichen Äußerung beigemessenen Charakter einer Majestätsbeleidigung darzustellen.

2. Bezüglich des subjektiven Thatbestandes führen sodann die Urteilsgründe aus: die U. sei sich des ehrverletzenden Charakters ihrer Eingabe bewußt gewesen; ob sie an die Wahrheit jener eine Majestätsbeleidigung enthaltenden Behauptung glaubte und „die letztere lediglich zur Ausführung von Rechten oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen“ aussprach, sei gleichgültig, weil §. 193 St.G.B.'s sich nicht auf §. 95 a. a. O. beziehe. Auch dem Angeklagten U., welcher als Rechtsanwalt der U. bei Abfassung und Absendung der fraglichen Eingabe behilflich gewesen sein soll, könne geglaubt werden, daß er jene Behauptung für wahr gehalten „und demzufolge mit Rücksicht auf seine Stellung als Rechtsanwalt lediglich zur Ausführung von Rechten und zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat“. Aber auch er sei sich des ehrverletzenden Charakters der Behauptung bewußt gewesen. „Für beide Angeklagte lag eine gesetzliche Verpflichtung, jene Behauptung aufzustellen, nicht vor, und erscheint auch eine auf illegitime Verwandtschaft gestützte Klage gegen den Landesherrn civilrechtlich statthaft, wie nur bei ausdrücklicher Hervorhebung des Klagegrundes thatsächlich möglich, so war doch die Aufstellung jener Behauptung in dem an das fürstliche Rabinettministerium gerichteten Schreiben rechtswidrig.“ Diese ganze Ausführung ist eine rechtsirrtümliche. Es ist ein unlösbarer Widerspruch in sich selbst, auf der einen Seite zu Gunsten der Angeklagten anzunehmen, sie hätten „lediglich“ Rechtszwecke oder berechnigte Interessen verfolgt und verfolgen wollen und auf der anderen Seite sie für überführt zu erklären, bewußt rechtswidrig gehandelt zu haben. Unter der Herrschaft desselben Rechtes kann dieselbe Handlung nicht gleichzeitig eine berechnigte und eine rechtswidrige, gleichzeitig erlaubt und verboten sein. Daß, wie vom Reichsgerichte in seinem Urtheile vom 4. Oktober 1881

vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 5 S. 46, ausgesprochen, der §. 193 St.G.B.'s nach seiner Stellung im System formell und unmittelbar auf Majestätsbeleidigungen nicht Anwendung

finde, ist kein Argument, welches den inneren Widerspruch der Vorinstanz irgendwie beseitigte. Daß, insofern der §. 193 nur die allgemeinen Grundsätze über Dolus zum Ausdruck bringt, das ihm zu Grunde liegende allgemeine, den strafbaren Vorsatz beherrschende Prinzip auch für Majestätsbeleidigungen anwendbar sein müsse, erkennt jenes Urteil des Reichsgerichtes ausdrücklich an. Nicht also aus dem §. 193, sondern aus der begrifflichen Natur der Beleidigung ergibt sich auch für den §. 95 St.G.B.'s unabweißbar die Folgerung, daß die ausschließliche Absicht, sein Recht und nur sein Recht zu wahren, das Vorhandensein des zur Beleidigung erforderlichen Vorsatzes aufhebt. Das bloße Bewußtsein, eine gewisse Äußerung sei objektiv ehrenkränkend in dem Sinne, dieselbe könne an sich, und ohne Rücksicht auf die Absicht des Äußernden, unter irgend welchen Umständen als Ehrenkränkung verstanden werden, genügt nicht zur Erfüllung des vom §. 95 a. a. O. erforderlichen Vorsatzes. Was bezüglich des äußeren Verhältnisses des §. 193 zum §. 95 St.G.B.'s gilt, trifft in gleichem Maße auf den §. 97 St.G.B.'s, die Beleidigung von Mitgliedern des landesherrlichen Hauses, zu. Erwägt man, daß, vom Gerichtsstande abgesehen, die Mitglieder der souveränen Familien in ihren privatrechtlichen Beziehungen der gleichen Rechtsordnung, wie jeder einfache Staatsbürger, unterliegen, daß jede Rechtsverfolgung, jede Rechtsverteidigung ihnen gegenüber die an sich als Ehrverletzung qualifizierbare Behauptung voraussetzt, der Gegner sei im Unrechte, erfülle seine rechtlichen Verbindlichkeiten nicht oder dergleichen, so liegt es auf der Hand, daß den §§. 95, 97 St.G.B.'s schlechterdings nicht eine Deutung gegeben werden darf, welche die Beschreitung des Rechtsweges gegen den Landesherrn oder die Mitglieder seines Hauses unter die Strafe der Majestätsbeleidigung stellte. Die Vorinstanz erkennt selbst an, daß die beiden Angeklagten L. und M. gesetzlich bejugt waren, eine Klage gegen den Landesherrn auf die behauptete Verwandtschaft zu gründen, und daß sie bei dem Versuche, zunächst im Wege der Güte und der direkten Verhandlung mit dem Fürstl. Kabinettsministerium Alimentationsansprüche anerkannt zu sehen, subjektiv keine widerrechtlichen Vermögensvorteile erstrebten, wenngleich die völlige Unwahrheit der fraglichen Behauptung erwiesen ist. Es ist daher geradezu unverständlich, was die Vorinstanz mit der Bemerkung sagen wollte, die Angeklagten seien nicht „gesetzlich verpflichtet“ gewesen, die fragliche Behauptung aufzu-

stellen, und deshalb sei die Aufstellung der Behauptung eine „rechtswidrige“.

Nun findet sich freilich in den Urteilsgründen auch noch am Schlusse adminikulierend die Erwägung herangezogen, „es komme außerdem in Betracht, daß das Vorhandensein einer Beleidigung auch aus der Form des Schreibens, insbesondere den ironischen Wendungen desselben . . . hervorgehe.“ Unzweifelhaft kann auch innerhalb des Rahmens der Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung die Wahl schon formell ehrverletzender Ausdrücke oder Redewendungen genügen, um objektiv, wie subjektiv die Merkmale der Majestätsbeleidigung zu erkennen, und es wird sich nicht bestreiten lassen, daß auch unter der Form der Ironie sich ein beleidigender Sinn verbergen kann. Vorliegenden Falles vermag indessen auch diese Erwägung das Urteil nicht zu tragen. Denn einmal bleibt die Feststellung der Vorinstanz bestehen, die Angeklagten hätten „lediglich“ zur Ausführung von Rechten und Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. War dieses ihre ausschließliche Absicht, so bleibt mindestens unklar, inwiefern derjenige Teil und diejenige Form der Eingabe vom 22. September 1881, in welcher die Vorinstanz Ironie zu erkennen glaubt, nicht mehr von jener rechtlichen Absicht beherrscht gewesen sein soll. Andererseits erscheint es ebenso ungewiß, ob die hier fragliche Erwägung für sich allein, ohne Zuhilfenahme der obigen rechtsirrtümlichen Auffassung vom Wesen der Majestätsbeleidigung, den Instanzrichter zur Verurteilung der Angeklagten aus §. 95 a. a. O. und zu der vorliegenden Strafzumessung geführt haben würde. Dieses Bedenken fällt um so erheblicher ins Gewicht, als die vom Urteile ohne jede Erläuterung als „ironisch“ bezeichneten Wendungen der Eingabe vom 22. September 1881, wenn sich in ihnen ein beleidigender Sinn verbirgt, eine durchaus selbständige Bedeutung erlangen würden, welche kaum noch in einen inneren Zusammenhang mit der eigentlich als beleidigend bezeichneten rein thatächlichen Behauptung zu bringen wäre.